

***Auf dem Weg
der
Erneuerung***



PDS

**Dialog in der PDS
Landesverband Brandenburg
Heft 4**

**Die russische Revolution 1917
Wegweiser oder Sackgasse?**

Dialog in der PDS

Landesverband Brandenburg

Heft 4

Die russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?

Herausgeber:	Arbeitsgruppe Geschichte beim Landesvorstand der PDS
Autor:	Dr. Kurt Libera
Mitarbeit und Beratung:	Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft, insbesondere: Dr. Werner Bethge, Prof. Dr. Kurt Finker, Dr. Gerlinde Grahn, Prof. Dr. Jürgen Hofmann, Prof. Dr. Horst Klett, Prof. Dr. Manfred Uhlemann, Dr. Fritz Reinert.
Satz und Layout:	Reinhard Frank
Redaktionsschluß:	10. Oktober 1997

An die Kreisvorstände der PDS

An die Gebietsvorstände der PDS

An die Basisorganisationen der PDS

Werte Genossinnen und Genossen!

Der 5. Landesparteitag Brandenburg der PDS hat in seinen Beschlüssen empfohlen, im Jahre 1997 in der politischen Bildungsarbeit den Fragen der Revolutionen im Jahre 1917 Aufmerksamkeit zu widmen. Unter diesen Gesichtspunkten übergibt die Arbeitsgruppe Geschichte beim Landesvorstand der PDS den Vorständen und den Basisorganisationen ein Dialogangebot zu dieser Problematik.

Wir empfehlen Euch, die in diesem Dialogheft aufgeworfenen Probleme und Fragestellungen zu diskutieren. Unser Bemühen bestand darin, neue Sichten auf diese Revolution zu vermitteln, die sich von den Standpunkten der SED wesentlich unterscheiden. Zugleich wird erkennbar sein, daß die Oktoberrevolution ein historisches Ereignis ist, das dieses Jahrhundert in hohem Maße geprägt hat. Wichtigstes Anliegen unserer Diskussionen sollte sein, die Ereignisse und Prozesse dieser Zeit zu analysieren und Schlüsse und Erkenntnisse für unsere Gegenwart zu ziehen. Die sozialistische Vision, von denen sich die Revolutionäre im Jahre 1917 leiten ließen, ist geblieben.

Jenen Genossinnen und Genossen, die sich für weitere neue Fragestellungen über diese Revolution interessieren, empfehlen wir, das im Dietz-Verlag erschienene Buch "Die Revolution 1917 "Wegweiser oder Sackgasse" zu erwerben, auszuleihen o.ä. Herausgeber dieser Publikation sind W. Hedeler, H. Schützler und S. Striegnitz. Unterstützt wurde die Edition dieser wertvollen Publikation durch die Historische Kommission beim Parteivorstand der PDS.

Sollten die Genossen in den Basisorganisationen den Wunsch haben, über die Oktoberrevolution ausführlicher zu diskutieren, empfehlen wir, sich an unsere Arbeitsgemeinschaft oder an den Brandenburger Verein für Politische Bildung "Rosa Luxemburg" e.V. zu wenden.

Arbeitsgemeinschaft Geschichte beim Landesvorstand

Brandenburg der PDS

Die Sprecherguppe

Die Russische Revolution 1917 Wegweiser oder Sackgasse?

Anregungen/ Fragestellungen zur Diskussion in den Basisorganisationen der PDS

Übergeben durch die AG Geschichte beim Landesvorstand Brandenburg
der PDS.

In diesen Tagen jährt sich zum achtzigsten Mal jenes Ereignis, von dem gesagt wird, daß es die Welt erschütterte, die Oktoberrevolution. Noch vor 10 Jahren war dieser Jahrestag Anlaß zu großen Festveranstaltungen, auf denen Staats- und Parteichefs der sozialistischen Länder Rühmendes über dieses größte Ereignis in der Geschichte der Neuzeit verkündeten. In die Sowjetunion, deren Staatsfeiertag dieses Ereignis war, wurden aus allen Erdteilen Grußworte von Staats- und Regierungsoberhäuptern mit wohlmeinendem Inhalt geschickt, auch von Repräsentanten der kapitalistischen Staaten Europas, Asiens wie auch Amerikas.

In der DDR erfuhr dieser historische Anlaß alljährlich eine besondere Würdigung. Die Partei- und Staatsführung fanden zu recht ehrende Worte für die Kämpfenden in der Revolution selbst. Im Namen des Volkes würdigten sie zugleich in vielen überhöhten Aussagen die Erben der Revolution und die "unverbrüchliche Freundschaft mit ihnen".

Auf der Festveranstaltung im Jahr 1987 erklärte der damalige Generalsekretär der KPdSU M. Gorbatschow folgendes:

"Sieben Jahrzehnte trennen uns von den unvergeßlichen Tagen des Oktober 1917. Von jenen legendären Tagen, die eine neue Epoche des gesellschaftlichen Fortschritts, die wahre Geschichte der Menschheit eingeleitet hat. Die Oktoberrevolution war in der Tat eine Sternstunde der Menschheit, war deren Morgenröte. Bei der Oktoberrevolution handelt es sich um eine Revolution des Volkes und für das Volk, für den Menschen, für dessen Befreiung und Entwicklung.(..)Und es gibt keine höhere Ehre, als den Weg der Bahnbrecher zu gehen, alle Kräfte ,Energie, Wissen und Fähigkeiten, dem Triumph der Ideen und Ziele des Oktober zu widmen."

Fünf Jahre später existiert die Sowjetunion nicht mehr. Mit ihr gingen auch die Länder des Sozialismus in Europa unter. Das, was als fest und unerschütterlich gepriesen worden war, die lichte Zukunft der Menschheit eingeläutet haben sollte und seine Wurzeln und Anfänge in der Oktoberrevolution hatte, war von der Bühne der Geschichte abgetreten. Zudem noch ruhmlos.

Diejenigen aber, die mit den russischen Revolutionen von 1917 und ihrer nachfolgenden Entwicklung große Hoffnungen verbanden, selbst dafür die besten Jahre ihres Lebens gewidmet hatten, suchten nach Antworten, warum diese Hoffnungen, ehrliche Absichten und Arbeit scheiterten.

Der Jahrestag der Oktoberrevolution fordert dazu heraus, darüber nachzudenken und bisherige Aussagen zur Oktoberrevolution zu überprüfen. Sollten wir zu neuen Erkenntnissen gelangen, so müssen bisherige ergänzt oder neu bewertet werden. Unsere Fragen an die Oktoberrevolution sollten kritisch, wenn nötig unerbittlich sein, aber zugleich auch dem Versuch, eine alternative gesellschaftliche Ordnung zu gestalten, die gebührende Achtung entgegenbringen.

Ausgangspunkte, Fragen, Positionen

1.

Seitdem die PDS aus der SED hervorging, muß um alle wesentlichen Grundfragen der Politik, der Theorie wie auch der Praxis neu gerungen werden. Damit ist seit dem Außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989 zugleich eine Neubestimmung eigener Positionen für eine moderne sozialistische Partei verbunden. Teil dieses Vorganges war auch eine differenziertere Bewertung der Oktoberrevolution 1917. Im Programm der PDS reflektiert sich dies in der Aussage: *„Das Scheitern des sozialistischen Versuchs in der DDR ist ursächlich mit dem Scheitern des Modells der Sowjetunion verbunden. Dem welthistorischen Ereignis der sozialistischen Oktoberrevolution von 1917 verdankt die Menschheit grundlegende günstige Entwicklungen im 20. Jahrhundert. Sie hat den Zusammenbruch des Kolonialsystems befördert und dazu beigetragen, soziale und politische Zugeständnisse an die arbeitenden Menschen in den kapitalistischen Zentren durchzusetzen“*. Diese programmatische Aussage weist auf ein neues Herangehen an dieses welthistorische Ereignis hin. Seit den dreißiger Jahren, als der *„Kurze Lehrgang der Geschichte der KPdSU“* erschien, galt als unverrückbarer Grundsatz: *„In diesem Werk wird die meisterhafte, zusammengefaßte, in ihrer Einfachheit und Klarheit unübertroffene Darlegung der Theorie des Marxismus-Leninismus, der Lehre von den Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft und von der Strategie und Taktik der revolutionären Arbeiter-*

bewegung gegeben. (...) Die Geschichte der KPdSU ist die konzentrierte Erfahrung dreier Revolutionen, des Sieges über den Zarismus, über die Kapitalisten, Gutsbesitzer und ausländischen Interventen, des siegreichen Aufbaus des Sowjetstaates und des Aufbaus des Sozialismus". Diese 1938 formulierte Aussage des ZK der KPD, die in sich die herausragende Bedeutung der Oktoberrevolution einschließt, wurde in späteren Jahren von der SED übernommen und war bis zu ihrem Ende die Grundmaxime ihres Verhältnisses zur KPdSU, zu ihrer Geschichte und zur Sowjetunion selbst.

2.

Die Aussagen der PDS zur Neubewertung der Oktoberrevolution sind zunächst das Resultat der Erfahrungen aus der Niederlage des Sozialismus. Sie knüpfen aber auch an Wertungen und Einschätzungen von Rosa Luxemburg an. Diese herausragende Revolutionärin und Theoretikerin der internationalen Arbeiterbewegung, prägte ,als die Bolschewiki die Macht ergriffen hatten den Satz, "daß die gelegte Spur nicht in Äonen untergehen wird". Zugleich verhehlte sie nicht, daß die Entwicklung hin zur Revolution und Prozesse in der Revolution selbst Defizite aufweisen, die eine Belastung für die gesamte Arbeiterbewegung sind. Rosa Luxemburg war seit dem 2. Parteitag der SDAPR, als sich die Bolschewiki als Strömung innerhalb dieser Partei herausbildeten, gleichzeitig auch eine permanente Kritikerin vieler Positionen Lenins. Sie lehnte grundsätzlich vor allem seine Vorstellungen und theoretischen Aussagen von der Notwendigkeit einer Partei "Neuen Typus" ab. Er verstand darunter vor allem eine straff organisierte marxistische Kampfpartei. In diesen Vorstellungen sah Rosa Luxemburg die Gefahr, daß eine solche Partei für den demokratischen Willensbildungsprozeß ein Hemmnis ist, einem solchen Prozeß direkt entgegenwirkt. Sie hielt Lenin vor, daß nur die gesammelte Erfahrung der Menschen, befördert und beeinflußt von einer sozialistischen Partei, die Grundlage für den Kampf um die Macht und für die solide Dauerhaftigkeit dieser Macht sein kann. Ebenso lehnte Rosa Luxemburg das Konzept Lenins über eine moderne proletarische Partei ab. Auch hier sieht sie den wesentlichsten Mangel darin, daß die demokratische Grundlage dieser Partei ausgehöhlt würde, mit dem Prinzip des demokratischen Zentralismus letztlich die Voraussetzung entstünde, daß ein ZK der Partei alleiniges Machtzentrum und zugleich unfehlbares revolutionäre Gewissen ist. Bis zu ihrer Ermordung gab sie diese Positionen nicht auf, selbst unter dem Eindruck der revolutionären Veränderungen im Oktober 1917. Ihre Schrift "Zur Russischen Revolution" kurz vor ihrem Tode verfaßt, ist Ausdruck ihrer Sorge. Sie stellt Fragen aus ihren gesammelten Erfahrungen in der europäischen sozialistischen Bewegung und bemüht sich, eine produktive Antwort aus ihrer Sicht zu geben. Sie kommt zum Schluß sowie zur Aufforderung, nicht jeden Schritt, den die Bolschewiki gegangen sind, zu folgen. "Sich kritisch mit der russischen Revolution auseinanderzusetzen ist die

beste Schulung der deutschen wie der internationalen Arbeiter“ war ihre Maxime. Eine Aufforderung, die nach den Erfahrungen des Zusammenbruchs der Sowjetunion wie auch des sozialistischen Weltsystems an Aktualität nichts eingebüßt hat. Die Zeit und die historische Situation haben sich grundlegend geändert. Geblieben ist der Anspruch auf eine sozial gerechte Ordnung. Die Vorstellungen, von denen sich die historisch Handelnden zu Beginn dieses Jahrhunderts leiten ließen und uns überliefert wurden, sind unverzichtbare Grundlagen für die Lösung unserer gegenwärtigen Aufgaben mit dem Anspruch für eine sozial gerechte Ordnung.

3.

Es gehört zur Selbstverständigung unserer Partei, diesen Teil des Erbes der internationalen Bewegung im Kampf für eine sozial gerechte Ordnung zu bewahren. Das schließt ein, daß wir uns bemühen, in die ganze Vielfalt der zeithistorischen Bedingungen einzudringen, jede Einseitigkeit in der Darstellung der tatsächlichen historischen Ereignisse zu vermeiden. Es bleibt eine Wahrheit: In bis dahin in der Geschichte der Neuzeit nie gekanntem Kämpfen, unter völlig neuen sozialen Bedingungen zu Beginn des Jahrhunderts, rangen verschiedene soziale und politische Kräfte miteinander, handelten Menschen für neue soziale Bedingungen und neue gesellschaftliche Verhältnisse. Sie hatten die historischen Erfahrungen ihrer Zeit und die Erfahrungen eines furchtbaren Weltkrieges. Ihre Vorstellungen wurden in nicht geringem Maße geprägt von der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts, einschließlich der Traditionen der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung dieser Zeit. In dieser Tradition steht die PDS, darum bekennt sie sich auch zur revolutionären Bewegung von Februar bis Oktober 1917 in Rußland und anerkennt zugleich, daß vor allem die Oktoberrevolution ein Schlüsselereignis des nun zu Ende gehenden Jahrhunderts ist. Daraus folgt genau so, daß diese Position konträr zu jenen Politikern und Historikern ist, die diesen historischen Aufbruch von der Warte der Ablehnung betrachten oder von einem Standpunkt, der jede soziale Empörung gegen bestehende Verhältnisse verteufelt und als nicht legitim ansieht. Der Reigen solcher Interpreten ist weit, er reicht bis hin zu denjenigen, die in der Tradition der Konterrevolution im Rußland des Jahres 1917 stehen. Es gibt somit keinen Grund, die Oktoberrevolution aus unserem Traditionsverständnis zu streichen. Aus prinzipiellen Gründen und nicht darum, weil unsere politischen Feinde oder Kontrahenten meinen, daß man es *„der PDS keineswegs zulassen darf, daß sie die alten Geschichtsmymthen der SED kultiviert“* oder wie ein Historiker dieses Landes, Prof. Dr. Winkler, nach der Wende an der Humboldtuniversität wirkend, meint: *„ Wenn die PDS noch heute die Oktoberrevolution glorifiziert, dokumentiert sie schon allein dadurch, daß sie kein Partner für eine demokratische Volkspartei sein kann. “*

4.

Zur Sachlichkeit und Objektivität bei der Bewertung der Vorgänge im Rußland des Jahres 1917 gehört, die Sicht auf die ganze Breite der revolutionären Bewegung zu lenken. Der einseitige, überhöhte Blick auf den Oktober 1917 als das Maß aller Dinge rückt die Februarrevolution ungerechtfertigt in die zweite Reihe. Beide Ereignisse haben ihr eigenes und besonderes Gewicht. Die revolutionäre Erhebung im Februar war ein Aufbegehren auf der Grundlage einer Einmütigkeit, die die Mehrheit des Volkes einschloß. Sie beseitigte das herrschende absolutistische Regime und brachte den handelnden Menschen Freiheiten, die sie bis dahin nie besaßen. Rußland wurde, bedingt durch die Aktionen der demokratischen Kräfte des Volkes, zum "freiesten" Land unter allen damals am Krieg beteiligten Staaten, ob es die Koalition der Mittelmächte (Deutschland und Verbündete) oder die der Entente (Großbritannien und Verbündete) betraf. Das Hauptmotiv, das den Kampf der Menschen sowie den der demokratischen Parteien und Organisationen beflügelte, war die Beendigung des Krieges, die Beseitigung des herrschenden Regimes sowie die gerechte Verteilung des Grundes und Bodens. Mit dem Sieg dieser Revolution waren die Voraussetzungen gegeben, diese Forderungen nach Frieden, nach größerer sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit durch eine neue Politik und neue gesellschaftliche Voraussetzungen auszufüllen. In diesem Prozeß wirkten von Beginn der revolutionären Erhebung zwei gesellschaftliche Institutionen, die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten sowie eine Provisorische Regierung. In der Provisorische Regierung, sie war ein Fortschritt zur bisherigen Herrschaftsform, dominieren zunächst absolut Kräfte mit Bindungen zum vergangenen Regime sowie zu gutsherrschaftlichen oder kapitalistischen Besitzverhältnissen. Ihnen gegenüber standen die Sowjets, hervorgegangen aus der revolutionären Volkserhebung. Sie waren eine radikal-demokratische Institution, in der sich in dieser Phase der Revolution ein Höchstmaß an demokratischen Freiheiten und selbstbewußtem Handeln der Menschen realisierte. In ihnen verwirklichte sich zu Beginn der Revolution sowie in der unmittelbar folgenden Entwicklung der breiteste demokratische Konsens im Lande auf der Grundlage eines Bündnisses aller demokratischen Kräfte, der sozialistischen Parteien sowie der demokratischen gesellschaftlichen Organisationen des Landes. Von der Fähigkeit dieser Kräfte, die Gunst der Situation zu nutzen, hing der weitere Verlauf der Revolution, besonders der Prozeß der Bewahrung und Festigung der demokratischen Ausgangsbasis ab.

5.

Die aus den Darstellungen und Bewertungen des "Kurzen Lehrganges der Geschichte der KPdSU" (1938) übernommenen Deutungen des Wirkens der Partei der Bolschewiki führte in der Tat zu einer Glorifizierung dieser Partei. Dies vom Zeitpunkt der Herausbildung der Bolschewiki als Strömung inner-

halb der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands(1903). Besonders die Aussage, daß alleine die Politik der KPdSU im Jahr 1917 revolutionär war, ihre Strategie und Taktik konsequent die marxistischen Grundsätze widerspiegelte, verengt den Blick auf die tatsächliche revolutionäre Bewegung wie auch auf das Wirken anderer sozialistischer Parteien in dieser Zeit.

In Rußland wirkten seit der Jahrhundertwende drei sozialistische Parteien mit größerem Einfluß auf die sich entwickelnde demokratische Volksbewegung, die SDAPR(Menschewiki)die SDAPR (Bolschewiki) sowie die Sozialrevolutionäre Partei Rußlands. Besonders sie gewannen zunehmend an Einfluß, auch die Mitgliederzahl dieser Parteien wuchs beachtlich an. Neben diesen Parteien gab es etwa 30 weitere, die sich sozialistischen Vorstellungen verpflichtet hatten. Vor allem die drei der Mitgliedschaft nach stärksten sozialistischen Parteien erhöhten nach der Februarrevolution mit ihren Konzepten für die Aus- und Neugestaltung der politischen Bedingungen ihre Ausstrahlung auf die revolutionäre demokratische Bewegung. Ebenso erklärten sie, daß ihre Politik sowie ihre Konzepte für den weiteren Verlauf der Revolution in Übereinstimmung mit den Grundsätzen des marxistischen Gedankengutes stehen. Dies traf im Besonderen auf die SDAPR zu, die Bolschewiki wie die Menschewiki. Das Ringen um den politischen Einfluß dieser Parteien auf die revolutionären demokratischen Kräfte vollzog sich landesweit, vor allem über die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten.

Zwei Grundpositionen standen sich in dieser Auseinandersetzung gegenüber.

Die eine zielte auf die Festigung der Revolution auf der Grundlage des *Bündnisses aller demokratischen Kräfte und des Kampfes für eine parlamentarisch - demokratische Republik* als Ausgangspunkt und Basis für die weitere Entwicklung der Gesellschaft in Richtung des Sozialismus.

Die andere strebte auf der Grundlage eines *breiten demokratischen Bündnisses, besonders aber gestützt auf die soziale Schicht der Arbeiter und Bauern, die Errichtung einer Republik der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten mit gleichzeitigen grundsätzlichen Veränderungen der gesellschaftlichen Struktur in der Form einer Diktatur des Proletariats* als Ausgangspunkt für die Entwicklung zum Sozialismus.

Im Mittelpunkt beider Konzeptionen standen die revolutionär –demokratischen Forderungen, die den Sieg in der Februarrevolution bewirkten: die Beendigung des Krieges, die Aufteilung des Grund- und Bodens sowie die Gestaltung neuer gesellschaftlicher Bedingungen.

Beide Konzepte sind aus der historischen Sicht zu respektieren. Ihre Verwirklichung war nur durch die demokratische politische Auseinandersetzung möglich. Der kritische Punkt war jedoch, wie es im Ringen um die Festigung der Ergebnisse des revolutionären Umschwunges gelingt, die

Breite der demokratischen Bewegung zu erhalten und zu festigen sowie ein Minimum an gemeinsamer Verantwortung herzustellen.

Dies war in der ersten Phase der Revolution gegeben. Besonders auf Drängen der in den Sowjets und in den Parteien wirkenden Kräfte an der Basis, gab es zunächst das Bemühen für eine gemeinsame Politik. Es gab auch den Versuch, die beiden Strömungen in der SDAPR wieder zu vereinen. Viele der Mitglieder der Parteien, die nach der Februarrevolution politisch aktiv wurden, verstanden die Meinungsverschiedenheiten in den verschiedenen Führungsgremien nicht. Im Verlaufe der Revolution entwickelte sich jedoch aus einer politischen Konkurrenz dieser Flügel eine erbitterte Feindschaft. Dies hatte mehrere Ursachen. Der Hauptgrund für diese sich ständig zuspitzende Feindschaft waren unterschiedliche Positionen über den Weg zur Macht sowie über die Struktur der neuen Macht, entweder als Diktatur des Proletariats oder als parlamentarisch –demokratische Republik. Keine der sozialistischen Richtungen war bereit und bemüht, in diesen Fragen nach Kompromissen zu suchen. Jede Seite erwartete die Anerkennung der Positionen der anderen. Verstanden sich die einen als Vertreter wahrer revolutionärer Politik, bezeichneten die anderen diese als Anarchisten. Verstanden sich die Bolschewiki als einzige Revolutionäre, werteten sie die anderen als Opportunisten, Revisionisten, schließlich als Konterrevolutionäre und Agenten des in- und ausländischen Kapitals wie auch der Konterrevolution. In dieser Kontroverse spielt eine nicht unerhebliche Rolle, daß sich die Bolschewiki auf das Prinzip ihrer straff organisierten und disziplinierten Partei stützen konnten und sie zugleich mit Lenin über einen herausragenden und leidenschaftlichen Revolutionär verfügten.

6.

Das Konzept der reformorientierten sozialistischen Parteien, der SDAPR(Menschewiki)sowie der Sozialrevolutionären Partei Rußland, konnte zunächst auf der Basis des Wirkens der Arbeiter- und Soldatenräte sowie dem von dort ausgehenden demokratischen Massendruck, Erfolge erzielen, besonders bei der Verwirklichung demokratischer Rechte und Freiheiten. Dies war primär die Folge des Einwirkens der Sowjets auf die Provisorische Regierung. In der Hauptfrage jedoch, der Beendigung des Krieges sowie der Aufteilung des Grundes und des Bodens versagten diese Parteien. Selbst, als sich Bedingungen für eine Koalitionsregierung mit beachtlichem Anteil sozialistischer Minister herausgebildet hatten, waren sie nicht fähig, die vorhandenen Möglichkeiten für die Lösung ihrer Vorstellungen zu nutzen. Ihr Zögern sowie ihre Unentschlossenheit, eigene Vorstellungen durchzusetzen, schließlich die mangelnde Bereitschaft, ihre tatsächliche Macht zu nutzen, führte zur Gefahr der Konterrevolution im Lande. Vor allem die Politik dieser Parteien bei der Lösung der Friedensfrage führte zum Gegenteil ihrer möglichen Absichten. Selbst wenn davon ausgegangen wird, daß ihre These von der

”Verteidigung des revolutionären Vaterlandes ”(sie gingen davon aus, daß gegen Deutschland, die nach dem Sturz des Zarenregimes erkämpften revolutionären Errungenschaften zu verteidigen sind), eine subjektiv lautere und ehrliche Position war, so waren die Ergebnisse dieser Politik katastrophal. Sie kamen den tatsächlichen imperialistischen Kräften des Landes und der Weiterführung des andauernden imperialistischen Krieges entgegen.

Unter diesen Bedingungen konnten die Bolschewiki für die Verwirklichung ihrer Strategie eine vorteilhafte Situation gestalten. Gestützt auf revolutionäre Kräfte, vor allem in den politischen Zentren des Landes, eroberten sie die Macht. Hinter ihnen standen hier vor allem die Sowjets wie auch ein beachtliches militärisches Potential. Damit waren Voraussetzungen gegeben, ihre Vorstellungen für die weitere Entwicklung der Revolution zu verwirklichen.

7.

Nach der Oktoberrevolution begannen die Bolschewiki sofort, wesentliche Hauptforderungen der Mehrheit der demokratischen Kräfte seit der Februarrevolution zu verwirklichen. Den unmittelbaren Kampf um die Macht hatten die Bolschewiki durch den bewaffneten Aufstand vollzogen. Sie nutzten gegebenen Möglichkeiten, vor allem auch ihr militärisches Potential in der Armee, um ihre Strategie zu verwirklichen. Dabei stützten sie sich auf die beständig wachsende Radikalisierung bedeutender Teile der demokratischen Kräfte. Ein weiterer Grund für ihre Entschlüsse war die aus ihrer Sicht unmittelbar bevorstehende Konterrevolution. Gerade dieser Umstand war die Grundlage der wachsenden Unzufriedenheit des Volkes und die Voraussetzung für den Erfolg der Politik der Partei der Bolschewiki und schließlich für ihren Sieg in der Oktoberrevolution. Das Argument, die zweite Revolution in Rußland sei ein Staatsstreich, Putsch beziehungsweise der Aufstand einer Minderheit gewesen, bleibt deshalb auch in der Rückschau fragwürdig. Wenngleich der gesellschaftliche und demokratische Konsens weniger umfassend als im Februar 1917 war, so hatten die Bolschewiki besonders in den Zentren des Landes die Unterstützung großer Teile der Bevölkerung, besonders der Arbeiter, Soldaten und Bauern, ebenso die Unterstützung vieler Sowjets, nicht zuletzt jener in den Armee. Auch im Februar waren die Zentren der Revolution Petrograd und Moskau. Nicht zu übersehen ist, daß es auch in der Oktoberrevolution eine lose Parteienallianz zwischen den Bolschewiki und anderen sozialistischen Kräften, einschließlich kleinerer sozialistischer Parteien gab (Menschewiki-Internationalisten u.a.). In der Revolution und danach hatten die Bolschewiki Gemeinsamkeiten mit vielen Mitgliedern der Sozialrevolutionären Partei. Unmittelbar im Verlauf der Oktoberrevolution bildete sich eine neue eigenständige ”Linke Sozialrevolutionäre Partei Rußlands”, die in den bestehenden Sowjets des Landes einen nicht geringen Einfluß hatte. In diesem losen Bündnis dominierten die Bolschewiki. Ansätze dieser Kräfte eine gemeinsame Regierung zu bilden, scheiterten zunächst. Inner-

halb der Partei der Bolschewiki wurden Bestrebungen nach einer Regierung aller sozialistischen Parteien in den leitenden Parteigremien mehrheitlich abgelehnt. Hier wurde dafür votiert, einzig und allein die Grundsätze der Strategie und Taktik der Bolschewiki in der weiteren Revolution umzusetzen.

8.

Am Tage des erfolgreichen Aufstandes, auf dem 2. Sowjetkongress am 9. November 1917, wurden unmittelbar jene Entscheidungen getroffen, die den revolutionären Forderungen der Menschen seit der Februarrevolution entsprachen. Zugleich wurden Vorentscheidungen über den Charakter der Macht im Lande getroffen. Der Kongreß verkündete das "Dekret über den Frieden", das die unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen über einen demokratischen Frieden mit allen am Krieg beteiligten Ländern und Völkern verfügte. Er verkündete ein Dekret über die Macht, das Rußland zur Republik der Sowjets der Arbeiter, Bauern und Soldaten erklärte, die eine "wahrhafte revolutionäre Demokratie zu gewährleisten" habe und er verkündete das "Dekret über den Grund und Boden". In der Folgezeit wurden weitere Dekrete und Verfügungen erlassen, die vom Bemühen um die Gestaltung neuer gesellschaftlicher Bedingungen zeugen. Verkündet wurde u. a. ein Dekret über die Schaffung des Obersten Volkswirtschaftsrates, die Nationalisierung der Banken, über die Rechte der Völker Rußlands. Der 5. Sowjetkongreß (Juni 1918) beschloß die "Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik". Alle diese Dekrete und Verordnungen zeugen von dem Bemühen der Partei der Bolschewiki, auf der Grundlage ihrer politischen Konzeption, neue gesellschaftliche Bedingungen zu schaffen, die zugleich der innen- und außenpolitischen Situation Rußlands am besten gerecht wurden. Sie bauten darauf, daß sich die Lage im Land festigen und ihre politische Position innerhalb der demokratischen Bewegung durchsetzen und behaupten würde. Zu ihrer internationalistischen Grundauffassung gehörte, daß ihr Handeln den revolutionären Vorstellungen der sozialistischen Bewegung in Europa entsprach, die konsequente Umsetzung dieses Strebens ist und zugleich den Forderungen und Bedürfnissen der historischen Epoche entspricht. Sie rechneten damit, daß ihr Beispiel zum Vorbild für revolutionäre Erhebungen in Westeuropa führen werde. Mit diesem Grundverständnis begannen die Bolschewiki ihre Zielvorstellungen zu verwirklichen. Was sie begannen hatte bis dahin nichts Vergleichbares. Es war zunächst ein Aufbruch zu neuen Ufern, jenseits der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Dieses Bemühen fand, neben der Feindschaft der Vertreter der Kapitalinteressen in allen Ländern und der weiteren Ablehnung des von den Bolschewiki gewählten Weges durch die reformistischen sozialistischen Parteien, zugleich auch Zustimmung in großen Teilen der internationalen Arbeiterbewegung. Wenn wir der Frage nachgehen, welche Bedeutung die

Oktoberrevolution in der Geschichte des 20. Jahrhunderts hat, sind vor allem folgende Gesichtspunkte zu nennen:

- > Der gesamte Prozeß der russischen Revolution 1917 zeigt, daß die bisherigen gesellschaftlichen Verhältnisse reif für eine Erneuerung waren.
- > Mit der Oktoberrevolution wurden erstmals neuen Möglichkeiten für Freiheit und soziale Gleichheit eröffnet. Es wurde vor allem der "vierte Stand", die bisher Ausgebeuteten, in die Gestaltung neuer gesellschaftlicher Bedingungen einbezogen. Sie meldeten nun ihren Anspruch und ihr Recht darauf energisch an.
- > Die Oktoberrevolution wirkte über den nationalen Rahmen hinaus. Sie wurde, wenn auch nicht kritiklos, als Ausgangspunkt für eine mögliche neue soziale Gerechtigkeit betrachtet. Sie stärkte den subjektiven Willen in allen Erdteilen, eigene Kräfte zu mobilisieren, um gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen.
- > Es wurde der Freiheitswille all jener Völker bestärkt, die in kolonialer Unterdrückung oder unter anderen Formen nationaler Abhängigkeit lebten. Das begonnene Jahrhundert wurde das des Kampfes der Völker für ihre Unabhängigkeit.
- > Schließlich hatte die Revolution ein Signal dafür gesetzt, daß sich die kapitalistische Gesellschaft überlebt hat und neue Ansprüche an eine menschliche und sozial gerechte Gesellschaft gestellt sind.
- > Die Oktoberrevolution wirkte auch auf kapitalistische Kräfte und Länder als Herausforderung. Sie schuf ein Gegengewicht zur Welt des Kapitals. Deren Herrschende sahen sich gezwungen, eigene bisherige Strategien zu überdenken und nach anderen Konzepten für die Aufrechterhaltung ihrer Ordnung zu suchen

9.

Mit dem begonnenen Aufbruch zu einer neuen alternativen Gesellschaft, mit den Entscheidungen für die künftige Politik, begann der weitere Weg der Revolution.

Kaum eine andere Revolution in der Geschichte war bei ihrem Beginn mit gleichartigen Schwierigkeiten konfrontiert. Zur Vorstellung der Bolschewiki gehörte, daß die internationale Entwicklung, befördert durch den anhaltenden Krieg zu weiteren Revolutionen führen würde. Sie blieben aus oder waren nicht erfolgreich. In Rußland selbst sah sich die neue Macht auf allen Gebieten mit Bedingungen konfrontiert, die nur durch außerordentliche Maßnahmen beherrscht werden konnten. Faktisch war die gesamte Volkswirtschaft zusammengebrochen. Zudem verstärkte sich die ausländische Intervention. Sie hatte bereits vor der Oktoberrevolution begonnen, entfaltete sich nun jedoch in vollem Ausmaß. Die Zielvorstellung der ausländischen Mächte

war, den begonnenen Prozeß im Lande rückgängig zu machen, die Konterrevolution im Lande dabei zu unterstützen. Dies gelang nicht. Die Politik und das Konzept der Bolschewiki setzte sich durch. Auf der Grundlage dieser Vorstellungen wurde begonnen, eine andere Ordnung zu errichten. Sie sollte später als sozialistische Ordnung, als Sowjetmacht zunehmenden Einfluß auf die internationale Entwicklung nehmen. Auch die innere Entwicklung wird zu grundsätzlichen Veränderungen auf ökonomischem, staatlichem, sozialem wie auch kulturellem Gebiet führen. Wie sich diese Prozesse in der Gesamtheit gestalten werden, war am Beginn des Weges nicht vorauszusehen. Das Ende des Sowjetsystems läßt indes die Frage entstehen, ob dieser Zusammenbruch seine Wurzeln nicht an seinem Beginn oder gar noch früher hatte. Dies fordert dazu auf, darüber nachzudenken, ob das von den Bolschewiki auf dem 2. Parteitag der SDAPR im Jahre 1903 begründete Konzept einer "Partei neuen Typs" sowie das von ihnen vertretene und praktizierte Demokratieverständnis in der Partei sowie in ihrem Verhältnis zur demokratischen Bewegung insgesamt, seine Bewährung im historischen Prozeß bestanden hat. Die Erfahrung drängt uns eine verneinende Antwort auf. Diese Problematik ist bereits in der Oktoberrevolution sowie im Prozeß der vorhergehenden Entwicklung zu erkennen. Es gelang den Bolschewiki, ihre politischen Vorstellungen in der Revolution zu verwirklichen. Sie griffen dabei zum Mittel des bewaffneten Aufstandes. Dies ist in der Geschichte unter bestimmten Voraussetzungen ein legitimer Vorgang, selbst bei der Gefahr, daß es eine zeitweilige Einengung der eigenen Massenbasis gibt. Die Frage ist jedoch, ob diese extreme Form von Gewalt ein ständiges Mittel der Machtausübung ist, die Regel wird oder durch demokratische Herrschaftsformen wieder ersetzt wird.

Eine Partei, welche die Freiheit des Einzelnen zur Grundvoraussetzung der Freiheit aller machen will, kann die Verwirklichung einer umfassenden Demokratie nicht in beliebige Ferne rücken.

Der Verlauf der revolutionären Prozesse in Rußland von Februar bis Oktober 1917 wirft unter dem Blickwinkel der Demokratie auch die Frage auf, wie sozialistische Parteien sich zueinander verhalten. Dies ist zunächst eine Anforderung an jede Seite der politisch Agierenden mit gleichen Zielen. Jede dieser Parteien in Rußland wurde unter diesen Gesichtspunkten ihrer Verantwortung nicht gerecht. Konzentrieren wir uns unter diesem Aspekt auf die Bolschewiki, so wird aus ihrem Selbstverständnis die Kompliziertheit der Situation besonders deutlich. Sie bestanden beharrlich darauf, einzig und alleine die richtige Strategie und Taktik zu verfolgen. Das stand den möglichen positiven Entwicklungen zu anderen sozialistischen Parteien entgegen. Es beförderte im Gegenteil die Entwicklung zur politischen Gegnern nachhaltig. Für die Bolschewiki gab es nur eine Option zur Veränderung der Gesellschaft, ihre eigene. Das Gedankengut anderer sozialistischer Kräfte zu respektieren, zu Kompromissen bereit zu sein, war auf der Grundlage der Doktrin der

Bolschewiki schwer oder gar nicht möglich. Andere sozialistische Positionen wurden diskriminiert.

Die Entwicklung gegenseitiger Beziehungen der sozialistischen Parteien im Lande zueinander, die die tragenden Elemente der revolutionär-demokratischen Bewegung waren, sind auch nach der Oktoberrevolution ein kritischer Punkt.

Zwingend war bei den vorhandenen inneren und äußeren Bedingungen, die soziale Basis der Revolution zu erhalten und zu erweitern. Daß die ehemals Besitzenden und Verbündeten der gestürzten Herrschenden die Konterrevolution begannen und die ausländische Intervention begrüßten, war zu erwarten. Zugleich jedoch entwickelt sich ein Prozeß der politischen Zerrüttung und Zuspitzung der Feindschaft innerhalb der revolutionär –demokratischen Kräfte und der Parteien.

Dies hatte seine Ursachen vor allem in der ablehnenden Haltung beachtlicher Teile der demokratischen Kräfte zur Machtverschiebung in Richtung Alleinherrschaft der Sowjetmacht. Zwar hatten die Bolschewiki ihre politische Basis, es gelang ihnen auch nach der Revolution die Sowjetmacht über weite Gebiete des Landes auszubreiten. Große Teile der demokratischen Kräfte aber, vor allem die führenden Gremien der anderen einflußreichen sozialistischen Parteien, lehnten den eingeschlagenen politischen Kurs ab. Auch viele in den Sowjets wirkende Kräfte folgten den Bolschewiki nicht. Sie strebten weiterhin die Wahl einer Konstituierenden Versammlung an, der die Entscheidung für das künftige staatliche Gefüge zukommen sollte.

Die Eigenart der Situation war zudem, daß die meisten Delegierten des 2. Sowjetkongresses, die der SDAPR(M) sowie der Sozialrevolutionären Partei angehörten, diesen Kongreß verlassen hatten. Sie waren hier eine Minderheit und stellten sich unter diesen Bedingungen nicht der politischen Auseinandersetzung. So wurden die dort gefaßten Beschlüsse von den Delegierten der Bolschewiki, der sich in Gründung befindenden Linken Sozial Revolutionären Partei und anderen linken Kräften alleine verabschiedet. Gleichzeitig wurden nach der Revolution die Vorbereitungen zur Wahl einer Konstituierenden Versammlung weitergeführt. Dies hatte noch die Provisorische Regierung beschlossen. Der Rat der Volksbeauftragten garantierte durch eigene Beschlüsse die geordnete Vorbereitung und Durchführung dieser Wahlen. Von dieser Versammlung erhofften sich offensichtlich beide politische Richtungen, daß sie hier die dominierenden Positionen einnehmen werden.

10.

Somit spitzte sich die Auseinandersetzung zwischen den sozialistischen Kräften nach der Revolution beträchtlich zu. Der 2. Sowjetkongreß hatte eine neue politische Grundlage geschaffen. Seine Beschlüsse jedoch, obwohl sich die Sowjetbewegung als Machtinstitution über das ganze Land ausgebreitet

hatte, fanden nicht die ungeteilte Zustimmung ihrer Mitglieder, auch nicht in der demokratischen Bewegung des Volkes.

Die endgültige Klärung der politischen Situation innerhalb des Landes und zwischen den verschiedenen sozialistisch orientierten Richtungen stand noch aus.

Für die Bolschewiki an der Macht spitzten sich alle ökonomischen, politischen und sozialen Konflikte im Lande zu ihren Ungunsten zu. Sie begegneten dieser Entwicklung auch mit administrativen Mitteln gegen ihre politischen Kontrahenten. Die Tscheka wurde im Dezember 1918 gebildet. Ihre Aufgabe sollte vor allem darin bestehen, aus - und inländische Konterrevolutionäre unschädlich zu machen. Die vor der Oktoberrevolution errungenen demokratischen Freiheiten wurden erheblich eingeschränkt. Darunter auch die Wirkungsmöglichkeiten anderer sozialistischer Parteien. Die politische Basis der Bolschewiki verringerte sich eher als sie sich erweiterte. Es gab zeitweilig eine Koalitionsregierung, gebildet von der SDAPR(B) und der Linken Sozialrevolutionären Partei. Innerhalb der anderen sozialistischen Parteien waren Anzeichen dafür vorhanden, neue Wege in den Beziehungen zueinander einzuschlagen. Die Möglichkeiten dazu wurden nicht ausgelotet. Auch die Koalitionsregierung scheiterte, vor allem an der Strategie zur Lösung der Friedensfrage, die die Bolschewiki favorisierte.

11.

Auf der Grundlage der von den Bolschewiki auch unterstützten Wahlen trat im Januar 1918 die Konstituierende Versammlung zusammen. Die Ergebnisse der Wahl wie auch die politische Zusammensetzung der Abgeordneten läßt den Schluß zu, daß sich Beschlüsse und Maßnahmen des Sowjetkongresses und der Regierung seit November nicht positiv umgesetzt hatten. Die Mehrheit der gewählten Abgeordneten der Versammlung - etwa 85 Prozent - waren Vertreter sozialistischer oder linker Parteien. Die Partei der Bolschewiki hatte in diesem Spektrum 30 Prozent der Abgeordnetenmandate. Die stärkste Fraktion war die Partei der Sozialrevolutionäre. Aus den Protokollen der ersten und einzigen Beratung ist erkennbar, daß nicht wenige der sozialistischen Abgeordneten aller Fraktionen für eine sozialistische Allparteienregierung eintraten.

Die Mehrheit der Abgeordneten kam auf der ersten Beratung der Forderung der bolschewistischen Fraktion nicht nach, alle bisherigen Beschlüsse der Sowjetregierung anzuerkennen. Sie lehnte auch ab, der Konstituierenden Versammlung fürderhin eine unbedeutende Position innerhalb des staatlichen Gefüges einzuräumen. Daraufhin verließen die bolschewistischen Abgeordneten die Konstituierende Versammlung. Am folgenden Tage wurde auf Beschluß des Exekutivkomitees des Gesamtrussischen Sowjets die erste demokratisch gewählte, umfassende Volksvertretung aufgelöst. Es wurde

damit endgültig das Sowjetsystem auf der Grundlage des politischen Konzepts der Bolschewiki durchgesetzt. Es geschah durch administrative Gewalt auf der Grundlage militärischer Überlegenheit und nicht durch Mittel demokratisch überzeugender Mehrheiten.

12.

Die damit geschaffene Situation nutzten die Bolschewiki, um ihre Alleinherrschaft auszubauen. Die Begründung, daß dies durch die äußerste Verschlechterung der internationalen Situation der jungen Sowjetmacht notwendig gewesen sei, ist nur bedingt richtig. Sie rechtfertigte vor allem nicht den weiteren Kampf gegen jene Kräfte im Land, die andere Vorstellungen von Wegen und Schritten zu einer sozialistischen Perspektive hatten. Ist es legitim, diese mit den tatsächlichen Kräften der Konterrevolution auf eine Stufe zu stellen?

Die Partei der Bolschewiki -auf ihrem VII. Parteitag, März 1918, in Kommunistische Partei Rußland (B) umbenannt- setzte nach der Auflösung der Konstituierenden Versammlung weiterhin konsequent ihr politisches System sowie ihre Vorstellungen durch. Das ZK der Partei wird seit dieser Zeit das entscheidende politische Zentrum des Landes. Mit seinen Beschlüssen legt es die einzuschlagende gesellschaftliche Tätigkeit aller Organisationen und Einrichtungen fest. Mitte des Jahres 1918 werden Verordnungen erlassen, die die Mitarbeit von Mitgliedern beider Sozialrevolutionären Parteien wie auch der SDAPR(M) in allen Sowjets und staatlichen Institutionen verbietet. Ihnen wird die Kooperation mit der Konterrevolution angelastet. Diese Maßnahmen waren Schritte zur gleichzeitigen juristischen Verfolgung dieser Parteien und zu ihrem bald folgenden Verbot.

13.

Bleibt die Frage, ob damit das vorprogrammiert war, was Ende der achtziger Jahre zum Zusammenbruch des Sowjetsystems führte? Diese Frage wird wohl insgesamt bejaht werden müssen, weil es letztendlich nicht gelang, diesem System eine andere, umfassende demokratische Grundlage zu geben.

Dies gelang in der weiteren Entwicklung nach der Oktoberrevolution zu keiner Zeit. Eine solche Feststellung jedoch zu verabsolutieren, hätte zugleich ahistorische Akzente, würde unter anderem bedeuten, daß mit den ersten Schritten der Sowjetmacht bereits die spätere Entwicklung zum Stalinismus eingeleitet worden sei. Es würden damit alle Anstrengungen der historisch Handelnden negiert, die in der Anfangsperiode der Sowjetmacht auf unerschlossenen Pfaden schritten, lernten, Fehler begingen und auch nach neuen Wegen suchten, welche bislang in keinen theoretischen Aussagen aufberei-

tet, geschweige in der Praxis erprobt worden waren. Viele Parteimitglieder, auch leitende, die von der sozialistischen Vision überzeugt waren, bemühten sich um Korrekturen und Reformen. Auch Lenin war darauf bedacht. Davon zeugt sein Streben nach den bis dahin gesammelten Erfahrungen, Anfang der zwanziger Jahre eine neue ökonomische Politik zu entwickeln und durchzusetzen, die den tatsächlichen Erfordernissen der Entwicklung des Landes umfassender Rechnung trug. Mit Lenins Name ist auch der Versuch verbunden, die allgewaltige Macht des Zentralkomitees, besonders die des Generalsekretärs der Partei zu entflechten. Gibt es zu dieser Zeit einerseits eine Entwicklung auf der Grundlage traditioneller Vorstellungen der Bolschewiki über die Sowjetmacht, so gibt es andererseits viele Anstrengungen, diese Macht durch neue Erfahrungen zu bereichern, zu verändern und auch zu reformieren.

Indes gelang es nicht, einen grundsätzlich neuen Weg aufzubereiten. Das Dominierende im geschichtlichen Verlauf ist eine andere Richtung. Das Sowjetsystem entfernt sich von den Idealen des Sozialismus, je weiter es sich von der Oktoberrevolution entfernte. Die Keime, die zur Fehlentwicklung seit der Jahrhundertwende in der Politik der Bolschewiki, ihrer Theorie und Taktik gelegt waren, werden im historischen Prozeß nach vorn mehr und mehr negativ wirksam.

Die Erfahrungen und Erkenntnisse, die damit verknüpft sind, müssen für die sozialistische Vision in unserer Zeit produktiv nutzbar gemacht werden. Die wichtigste Lehre darunter ist, daß der Weg zum Sozialismus, soll er erfolgreich sein, nur ein demokratischer sein kann.